

25. Juli 2005

Rainer Knirsch
Parkstrasse 8
12103 Berlin-Tempelhof
Telefon (030) 782 49 54

* Fax-Nummer

Staatsanwaltschaft Bochum
Westring 8
44782 Bochum

per Fax 0234 / 967 - 2587

Amtsgericht Bochum
Viktoriastr. 14
44787 Bochum

per Fax 0234 / 967 - 2424

Betr.: Ihre Aktivitäten gegen "Labournet"

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus der Presse habe ich über die Polizeiaktion gegen "Labournet" am 5. Juli d.J. und die Beschlagnahme von Redaktionsunterlagen erfahren.

Nach den mir vorliegenden Fakten ist ja eigentlich ein ungläubiges Kopfschütteln angesagt von wegen "die Pferde sind wohl durchgegangen", "mit Kanonen auf Spatzen geschossen" o.ä. Für Ihre Vorgehensweise fehlt mir jedenfalls das Verständnis.

Haften bleibt der unbehagliche Eindruck: Wer über Proteste gegen den Sozialabbau (z.B. 1-Euro-Lohndumping) informiert, der soll vor den Kadi gezogen und die Protestierer sollen eingeschüchtert werden. Oder was sonst?

Vielleicht können Sie mir ja Ziel und Zweck Ihrer polizeilichen und juristischen Maßnahmen erklären?

Wenn einzelnen Vertretern der Staatsmacht Proteste gegen den Sozialabbau nicht gefallen, dann ist das Meinungsfreiheit und wohl deren persönliches Problem.

Wenn sie aber meinen, gegen soziale Proteste von Amts wegen die Staatsgewalt mobilisieren zu müssen, dann ist das ein Fall nicht nur der von Sozialabbau betroffenen Menschen.

Wenn in die nach Grundgesetz garantierte Freiheit zur Veröffentlichung sozialer Proteste eingegriffen wird, dann ist es für den demokratischen Bürger an der Zeit, Anstoß zu nehmen und für den Erhalt der Pressefreiheit einzutreten.

Das Onlinemagazin "Labournet" wird von vielen meiner Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen als unabhängige Informationsquelle geschätzt. Auch ich halte eine Beeinträchtigung von "Labournet" bei der freien Berichterstattung für nicht hinnehmbar!

Mit freundlichen Grüßen

R. Knirsch